Ausblick Gemeinderatswahl 2009: So viele Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund wie noch nie

Michael Haußmann

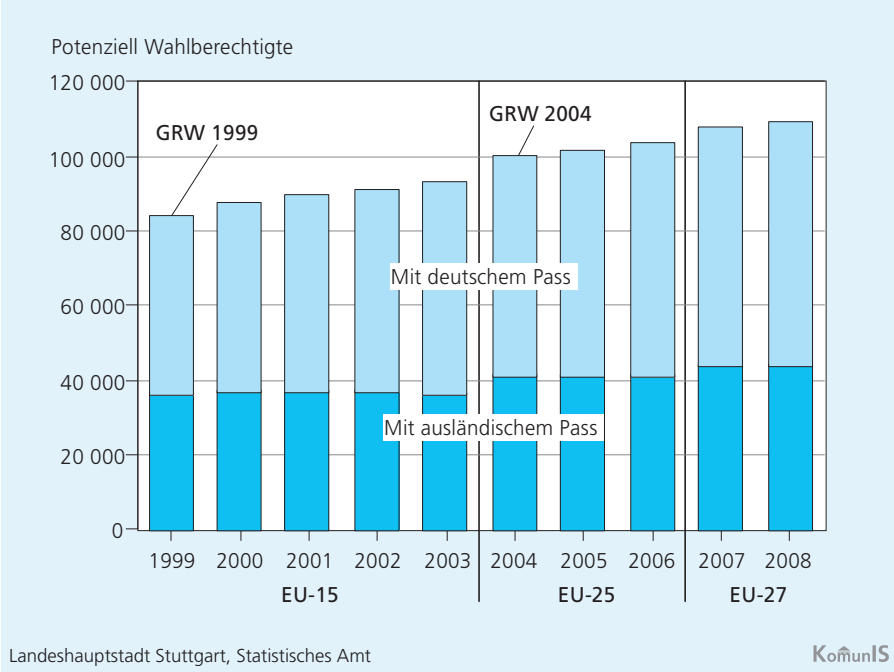
Am 7. Juni 2009 wird in Stuttgart der Gemeinderat gewählt. Wahlberechtigt sind neben den deutschen Bürgerinnen und Bürgern auch diejenigen mit einer Staatsangehörigkeit eines der weiteren 26 EU-Staaten. Legt man die Melderegisterzahlen vom 30. Juni 2008 zu Grunde, liegt die Zahl der Wahlberechtigten um fast 8000 über dem Wert von 2004, dem Jahr der letzten Gemeinderatswahl. Damit wird bei der kommenden Wahl sehr wahrscheinlich erstmals seit 1975 wieder die magische Grenze von 400 000 Wahlberechtigten übersprungen werden. Der Zuwachs erklärt sich zum einen durch die gestiegene Zahl von erwachsenen Einwohnern mit Hauptwohnsitz (plus 5700), zum anderen durch die erstmalige Wahlberechtigung von Rumänen und Bulgaren in Folge der letzten EU-Erweiterung am 1. Januar 2007 (plus 2200)[1].

Die Zahl der potenziell Wahlberechtigten[2] mit Migrationshintergrund ist deutlich im Aufwärtstrend begriffen: Sie hat im Jahr 2005 erstmals die 100 000er-Grenze überschritten, derzeit liegt sie bei knapp 109 000 (vgl. Abbildung 1). Gleichzeitig unterschreitet die Zahl der Wahlberechtigten ohne Migrationshintergrund leicht das Niveau von 2004.

Nur noch weniger als drei Viertel der potenziell Wahlberechtigten haben keinen Migrationshintergrund: Der Anteil der Unionsbürger liegt derzeit bei etwa elf Prozent. Weitere 16 Prozent sind Eingebürgerte beziehungsweise Aussiedler, insgesamt weisen also 27 Prozent einen Migrationshintergrund auf (vgl. Abbildung 2).

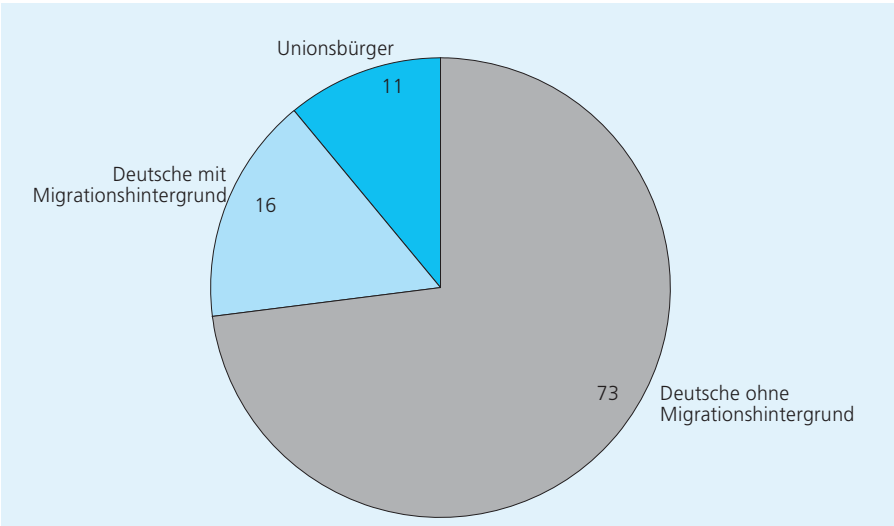
Betrachtet man die potenziell Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund nach ihrer Staatsangehörigkeit beziehungsweise ihrem Bezugsland, so liegen die ehemaligen Anwerbeländer Italien und Griechenland an der Spitze. Auf den Rängen drei und fünf folgen die osteuropäischen Länder Polen und Rumänien, in beiden Fällen besitzt der größte Teil der Wahlberechtigten einen deutschen Pass. Durch Einbürgerungen wächst die Zahl der Wahlberechtigten aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion und der Türkei derzeit am schnellsten (vgl. Abbildung 3).

Abbildung 1: Zur Gemeinderatswahl potenziell wahlberechtigte Stuttgarter/innen mit Migrationshintergrund seit 1999 (jeweils 30. Juni)



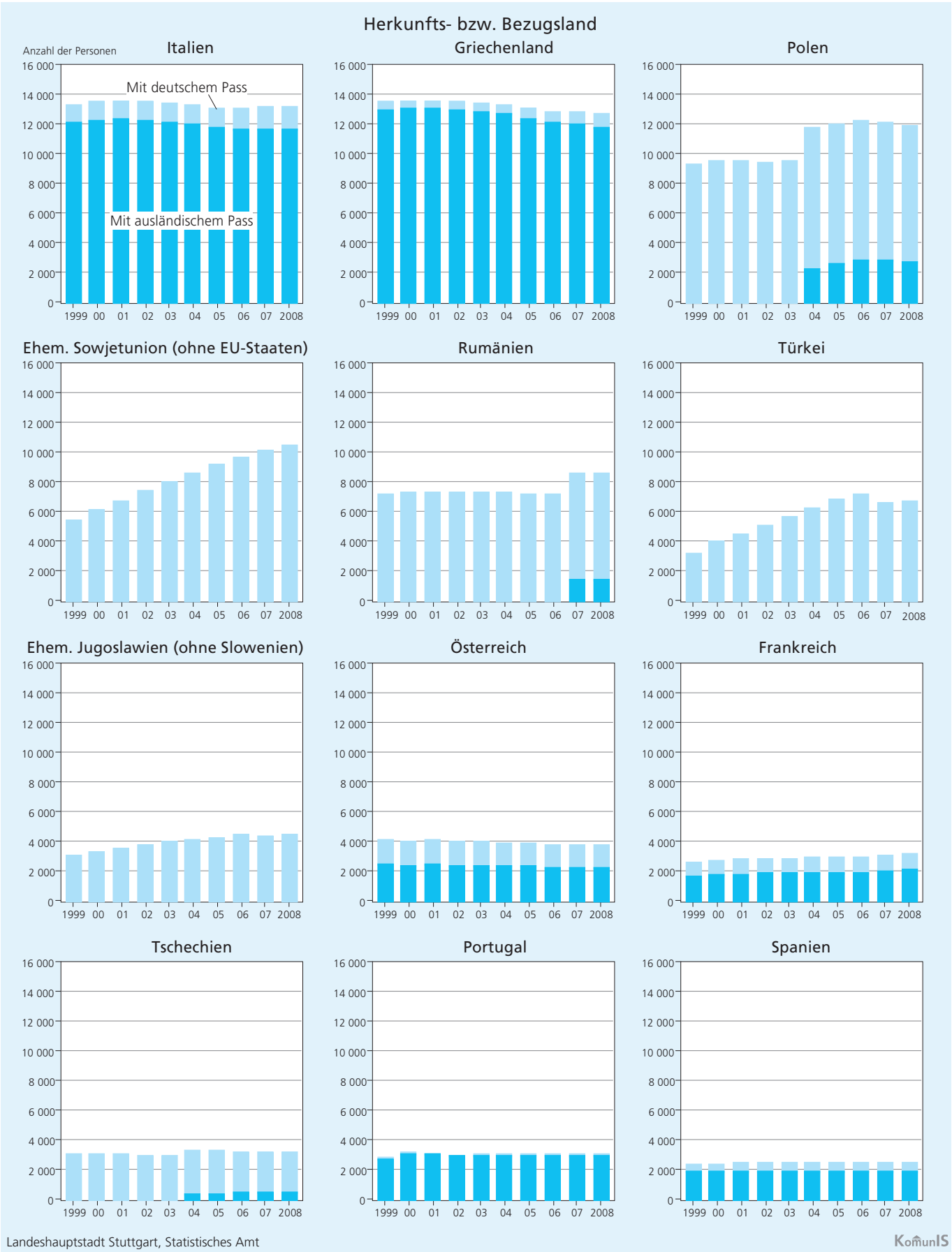
Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Abbildung 2: Zur Gemeinderatswahl potenziell wahlberechtigte Stuttgarter/innen mit Migrationshintergrund am 30. Juni 2008



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

Abbildung 3: Zur Gemeinderatswahl potenziell wahlberechtigte Stuttgarter/innen mit Migrationshintergrund nach ausgewählten Bezugsländern seit 1999 (jeweils 30. Juni)



Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt

KomunIS

Bedeutet der Zuwachs von Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund automatisch auch eine höhere Zahl von Wählern? Die deutlich unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligungsquoten deuten darauf hin, dass die Gruppe der Unionsbürger/innen schwer zu mobilisieren ist. Dies zeigen die deutlich unterdurchschnittlichen Wahlbeteiligungsquoten bei den bisherigen Stuttgarter Wahlen, an denen Unionsbürger/innen teilnehmen konnten (vgl. Tabelle 1).

Unterscheidet sich die Gruppe der Deutschen mit Migrationshintergrund von den Unionsbürger/innen? Im Rahmen der klassischen Wahlanalyse lassen sich hier keine Informationen gewinnen. Als wichtiges Indiz kann ersatzweise die Selbsteinschätzung des kommunalpolitischen Interesses, welche im Rahmen der Stuttgarter Bürgerumfrage regelmäßig abgefragt wird, herangezogen werden. Hier zeigt es sich, dass die Deutschen mit Migrationshintergrund zwar stärker interessiert sind als die Unionsbürger/innen, gleichzeitig aber immer noch deutlich schwächer als die Gruppe der Deutschen ohne Migrationshintergrund (vgl. Abbildung 4).

Die Zusammensetzung der Stuttgarter Wahlbevölkerung hat sich in den vergangenen Jahren deutlich verändert – und zwar zu Gunsten von schwerer mobilisierbaren Gruppen. Dies ist nicht zuletzt eine Folge des demografischen Wandels. Daraus ergeben sich für die Parteien und Wählervereinigungen nicht zu unterschätzende Herausforderungen im Kommunalwahlkampf 2009.

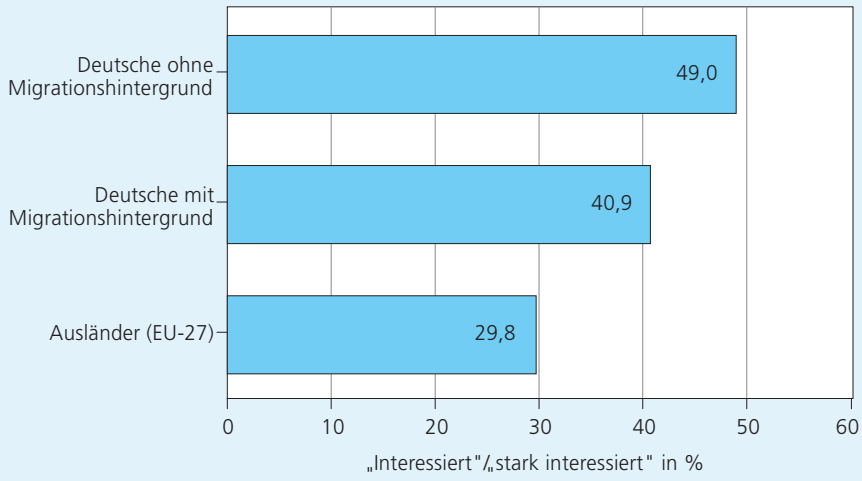
Tabelle 1: Bisherige Wahlen in Stuttgart mit Beteiligung von Unionsbürgern

Wahl	Unionsbürger			Deutsche	
	Wahlberechtigte		Wahlbeteiligung	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligung
		Anzahl	%	Anzahl	%
Oberbürgermeisterwahl 1996[1]	EU-15	35 543	21,5	358 557	56,2
Gemeinderatswahl 1999	EU-15	35 749	22,5	354 124	50,1
Gemeinderatswahl 2004	EU-25	40 567	18,0	353 648	52,3
Oberbürgermeisterwahl 2004[1]	EU-25	40 893	15,4	353 331	49,5

[1] Jeweils Hauptwahl.

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

Abbildung 4: Kommunalpolitisches Interesse nach dem Migrationshintergrund 2007



Quelle: Bürgerumfrage 2007

Landeshauptstadt Stuttgart, Statistisches Amt KomunIS

1 Das kommunale Wahlrecht am Wohnsitz für EU-Ausländer wurde am 1. Dezember 1995 in Baden-Württemberg eingeführt. Bei der OB-Wahl im Herbst 1996 durften in Stuttgart etwa 35 000 Unionsbürger erstmals ihr Wahlrecht ausüben. Durch die EU-Osterweiterung ist deren Zahl bei den Wahlen im Jahr 2004 auf knapp 41 000 gestiegen, heute liegt sie bei über 43 000.

2 Einwohner über 18 Jahre, mit Hauptwohnsitz in Stuttgart und Staatsbürgerschaft eines Mitgliedstaates der Europäischen Union. Die Zahl der am Wahltag Wahlberechtigten liegt erfahrungsgemäß etwa ein Prozent unter der Zahl der potenziell Wahlberechtigten. Dies ist damit zu erklären, dass Personen, die in den drei Monaten vor dem Wahltermin nach Stuttgart zuziehen, in der Regel kein Wahlrecht mehr erlangen, während Wegzüge die Zahl der Wahlberechtigten weiterhin verringern.